

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

■ zum Jahresanfang liegt der neue Rundbrief vor euch. Wir hoffen, Ihr hattet alle einen guten Start ins Jahr 2010 und konntet die Tage um den Jahreswechsel etwas zum Aus- und Entspannen nutzen. Wir haben, wie es bereits seit mehreren Jahren guter Brauch ist, dazu wieder eine Winterwanderung angeboten. Sie hat großen Zuspruch gefunden.



Für viele von uns war das vergangene Jahr ein sehr arbeitsreiches, wie es ein Superwahljahr halt so mit sich bringt, aber die Mühen haben sich gelohnt und wir vom Kreisvorstand bedanken uns an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für die große Unterstützung, Mithilfe und auch für die zahlreichen großzügigen Spenden!

„Noch nie ist eine neugewählte Bundesregierung so schlecht gestartet wie diese“, so der aktuelle Tenor der Medien, und wir dürfen gespannt sein, was da so alles auf uns zukommt und wo vielleicht noch mächtig zurückgerudert wird. Für uns Grüne in der Opposition natürlich tolle Steilvorlagen.

Auf kommunaler Ebene heißt dies u.a. Daumen drauf aufs Geld und genau hingeschaut, wofür die spärlichen Mittel sinnvoll ausgegeben werden sollen. Margit Stumpp zeigt auf, wie sehr die Berliner Beschlüsse auf die kommunalen Etats durchschlagen. Michael Sautter, direkt von der Heidenheimer Zeitung befragt, hält Rat und Verwaltung vor, in der Vergangenheit Folgekosten von sogenannten Leuchtturmprojekten nicht ernsthaft bedacht zu haben und möchte gerne im Rat Grundsätze aufstellen, nach denen gespart werden soll.

Viel Spaß beim Lesen, herzliche Grüße und a guads Nei's

Stefani Schall-Uhl

Vom Wachstum zum Wahnsinn!

Kommunale Haushalte in der Finanzkrise

■ Im ganzen Landkreis sind in den letzten Wochen die kommunalen Haushalte diskutiert worden. Überall die gleichen Probleme: Die Aufga-

von Margit Stumpp

ben werden immer größer: Ausbau der Kinderbetreuung, Jugend- und Schulsozialarbeit, Einführung von Ganztagschulen und Umsetzung von Werkrealschulen, etc. Zudem steigen krisenbedingt Sozialleistungen wie die sog. Kosten der Unterkunft (KdU), die Kommunen zum überwiegenden Teil zu tragen haben. Schließlich sind hohe Gewerbesteuer- und Ausgleichumlagen zu leisten, weil diese sich aus den guten Zahlen der Vorjahre berechnen.

Gleichzeitig verringern sich die Einnahmen, zum Einen, weil von fehlendem Einkommen keine Steuern gezahlt werden, zum Anderen, weil die Koalitionäre im Bund dafür sorgen, dass die kommunale Finanzbasis immer kleiner wird.

Der Koalitionsvertrag liest sich wie ein Anschlag auf Kommunalfinanzien: Zu den Auswirkungen aus dem schon beschlossenen "Wachstumsbeschleunigungsgesetz". Zu Steuermindereinnahmen von 14 Mrd € pro Jahr ab 2010 sollen weitere 24 Mrd pro Jahr ab 2011 kommen, Summe 38 Mrd €.

Entlastungen seien den Bürgerinnen und Bürgern gegönnt, aber müssen es ausgerechnet Wohlhabende und Erben sein?

Der Anteil der Kommunen an der Lohn- und Einkommenssteuer wird weiter dezimiert. Das betrifft jede Gemeinde. Den Umfang abzuschätzen ist schwer. Schon 2009 hat der Bund rund 10% weniger eingenommen als 2008, geht man von einer Basis von 157 Mrd.€ aus, würde der o.g. Betrag von 38 Mrd € ein Verzicht auf fast ein

Viertel dieser Einnahmen bedeuten.

Für kleine Gemeinden, wie z.B. Königsbronn, die den Haushalt von knapp 12 Mio € zu einem Viertel aus dem Einkommenssteueranteil ihrer BürgerInnen finanziert, hätte dies geradezu katastrophale Folgen.

Weitere geplante Vorhaben der Koalition wie das Aufheben der Verlust-



© Renate Kalloch / PIXELIO

abzugsbeschränkungen für Unternehmen, das Zulassen des Übergangs von Verlusten in die stillen Reserven, das Festschreiben der Freigrenze für Zinsabzugsbeschränkungen, das Reduzieren des Hinzurechnungssatzes für Immobilienmieten, weitere Entlastungen bei Grunderwerbs- und Ertragssteuern, dies alles führt dazu, dass die Gewerbesteuergrundlage - durch die Wirtschaftskrise ohnehin stark dezimiert - zusätzlich deutlich abschnitzelt; es fehlen weitere 7Mrd € jährlich.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schätzen wir als KommunalpolitikerInnen die mittelständischen Unternehmen, die verantwortungsvoll mit den Arbeitsplätzen vor Ort umgehen und wissen, dass gerade diese dringend Entlastung benötigen. Die genannten Maßnahmen entlasten aber vor allem große Konzerne, die sich schon in der Vergangenheit nicht

Fortsetzung

gerade durch unternehmerisch verantwortliches Handeln ausgezeichnet haben.

Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: Wir wollen in Deutschland starke Kommunen. Ach?!

Realität ist: Die finanzielle Basis kommunaler Haushalte gleichen einer im eisigen Meer treibenden Scholle, der das derzeit vom Bund initiierte heiße Finanzklima heftig zusetzt. Gleichzeitig wird ihr nicht nur vom Bund, auch vom Land, immer mehr Last aufgeladen.

Wohin das letztlich führt, ist absehbar; Schwimmwesten gibt es keine, ein Rettungsring ist nicht in Sicht und das Wasser ist verdammt kalt.

Trotzdem versuchen die GemeinderätInnen allerorten, Gebühren- und Steuererhöhungen zu vermeiden. Wir sehen die wirtschaftlich schwierige Lage der Unternehmen und die Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Manche/r wird sich noch wundern, wenn z.B. die

Steuernachforderungen in Folge der Kurzarbeitsregelungen eintreffen. Dabei ist alles andere als sicher, ob die Talsohle der Krise wirklich ganz durchschritten ist und der Aufschwung zügig kommt.

Letztlich schiebt die Bundes- und Landespolitik denen, die ehrenamtlich politisch arbeiten, die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen zu. Wenn sich die dargelegten Verhältnisse nicht ändern, werden die kommunalen Gremien in naher Zukunft weder um Gebühren- noch um Steuererhöhungen herum kommen. Der Abbau von Leistungen und Infrastruktur wird in Folge der Finanzierungslücken unumgänglich bleiben.

Kein Bundes- oder Landtagsabgeordneter schließt Schwimmbäder, so noch vorhanden, Turnhallen oder Schulen. Das überlassen diese Herren und Damen der Kommunalpolitik, ohne Alternativen aufzuzeigen.

Im Gegenteil, mit seltsamen Argumenten wie z.B. der Aussage, dass

die Abhängigkeit der Gemeinden von der Gewerbesteuer deswegen notwendig sei, weil sich sonst Bürgermeister und Gemeinderäte nicht um die örtlichen Unternehmen kümmern würden, werden vorhandene Strukturen verteidigt. Dies zeugt nicht nur von mangelnder Kompetenz in Steuerfragen, sondern auch einem seltsamen Verständnis von Kommunalpolitik und Verantwortung.

Der Umstand, dass selbst CDU- und FDP-nahe Bürgermeister inzwischen vom "Wahnsinnsbeschleunigungsgesetz" reden, lässt hoffen, dass wenn schon nicht die Einsicht, dann wenigstens der Druck aus den eigenen kommunalpolitischen Reihen die gern als "höher" titulierte Politik zur Einsicht zwingt, bevor der Wahnsinn zur Regel wird. Denn: Die Folgen vertreten müssen KommunalpolitikerInnen aller Couleur vor Ort und ausbaden müssen es die vordergründig "entlasteten", sprich verschaukelten Bürgerinnen und Bürger!

Sparen - aber wo?

■ Die Heidenheimer Zeitung hatte in ihrer Ausgabe am 27. Januar angesichts der Haushaltslöcher im Etat der Stadt Heidenheim prominente Lokalpolitiker gefragt, wo der Rotstift anzusetzen sei. Der Gesamteindruck: alle blieben auffällig unkonkret. Am konkretesten sind die Ausführungen von Michael Sautter. Vor allem durch seine einleitenden Feststellungen benennt er die Ursachen der zum Teil hausgemachten Ebbe in der Stadtkasse. Anstatt in Jahren mit zufriedenstellenden Einnahmen Schulden zu tilgen, habe man „Leuchttürme“ verwirklicht. „Diskussionen über Alternativen nach dem Kriterium Wirtschaftlichkeit und Folgekosten wurden nie ernsthaft geführt.“

Bevor die große „Sparkeule“ geschwungen wird, will Sautter im Rat die Grundsätze fürs Sparen vereinbaren. Für ihn sind „Pflicht vor Kür“ oder „Kollektiv- vor Einzelinteressen“ denkbare Grundsätze.

Es dürften nur solche Investitionen getätigt werden, die langfristig Entlastungen versprechen, zum Beispiel energetische Sanierungen von städtischen Gebäuden, die zugleich ökologisch sinnvoll sind. Daher müssten WCM und Ploucquet-Areal auf die Wartebank. Hans-Martin Hartmann



Immer beliebter wird offenbar die Winterwanderung der Grünen. Am Dreikönigstag ging es vom Parkplatz an der Kreuzung der ehemaligen B 19 mit der Kreisstraße aus Dettingen zum Gut Falkenstein, wo Karl-Georg Albrecht die Sage vom Ritter zum Besten gab. Dessen Erlebnis mit einem weißen Falken soll dem Ort den Namen gegeben haben. Weiter ging es über den Buigen nach Eselsburg zum zünftigen Vesper.

Grüne Jugend aktiv

■ Die Grüne Jugend Heidenheim gründete sich auf Initiative von Moritz Heuberger. Er ist bis heute unser Ortsvorsitzender, bringt viele gute Ideen mit und ist die treibende Kraft.

Die Mitgliederzahl wuchs stetig. Seit Herbst 2009 bringt sich die Grüne Jugend Heidenheim auch auf Landes- und Bundesebene ein. Auf dem letzten Bundeskongress im Oktober war man mit

von der Partie. Auch die letzte Landesmitgliederversammlung besuchten wir. Dort stimmten wir über wichtige Themen ab, besuchten Workshops und reichten zahlreiche Änderungsanträge ein.

Leider werden wir uns dieses Jahr von Moritz Heuberger trennen müssen, da dieser sein Abitur macht.

Patrick Truppel
www.gj-heidenheim.de

Stop and Go bei der Windkraft dank zweier FDP-Minister

Anlässlich des Briefs von Wirtschaftsminister Pfister an alle Mitglieder der Regionalverbände, scheint es angebracht, einen Brief des damaligen Wirtschaftsministers Döring hervorzuholen, der genau das Gegenteil von dem bewirken sollte, was Pfister jetzt einfordert.

■ Der Bundesgesetzgeber hatte 1997 Windenergieanlagen als im Außenbereich bevorrechtigt eingestuft. Döring unterrichtete 2002 die Regionalverbände davon, dass die Landesregierung diese Bevorrechtigung einzuschränken gedenke, insbesondere im Hinblick auf den Landschaftsschutz.

„Die Landesregierung hat“, schrieb Döring, „in ihrer Sitzung am 11. Dezember 2001 beschlossen, in dem ohnehin zu novellierenden Landesplanungsgesetz die Regionalverbände zu verpflichten, in den Regionalplänen gebietsscharf Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen mit regionsweiter außergebietlicher Ausschlusswirkung festzulegen; in der Gesetzesbegründung und in der Begründung des neuen Landesentwicklungsplans darzulegen, dass die Regionalbedeutsamkeit in der Regel bei Einzelanlagen mit einer Nabenhöhe von mehr als 50 m oder bei Windparks ab drei Einzelanlagen, unabhängig von der Nabenhöhe der Einzelanlage, gegeben ist.“

Exakt an diese Vorgabe hielt sich der Regionalverband Ostwürttemberg. Die Landesregierung hatte also unter dem Vorwand des Landschaftsschutzes den Gemeinden die Planungskompetenz entrissen und zur Pflichtaufgabe der Regionalverbände gemacht.

■ Ende Januar demonstrierte die Grüne Jugend Heidenheim vor der neuen Schlecker-XL Filiale in Herbrechtingen als Reaktion auf die schlechte Behandlung der MitarbeiterInnen der Anton Schlecker GmbH. Mit Flyern ausgestattet rief sie zum Boykott von Schlecker auf – mit Erfolg: die Filialeiterin schloss die Filiale vorübergehend für eine Stunde.

Seit Ende letzten Jahres schließt die



Es ist kein Geheimnis wie manche Regionalverbände vor allem im Umkreis des Wohnorts des ehemaligen Ministerpräsidenten Teufel damit umgegangen sind.

Acht Jahre später übt sich Pfister, Mitglied derselben FDP, in der Rolle des Antreibers. Dabei sind es vermutlich vorwiegend industriepolitische Überlegungen, die diese Wendung herbeiführen, denn der Minister hat ein Wachstumspotenzial an Arbeitsplätzen und Umsatz in der Windbranche entdeckt: „Baden-Württemberg [hat] mit etwa 4.300 Beschäftigten im vergangenen Jahr bereits einen Umsatz von ca. 580 Millionen Euro erwirtschaftet. Eine aktuelle Studie geht von einer Steigerung auf bis zu 20.000 Beschäftigten und von einem Umsatzpotenzial von rd. zwei Milliarden Euro bis 2020 aus.“ Dabei peilt er insgesamt eine klägliche Verdoppelung der Windkraftleistung an. Baden-Württemberg ist bereits Schlusslicht bei der Windkraft unter den Bundesländern.

Der Minister schreibt weiter: „Zur planerischen Steuerung der Windkraftnutzung hat der Landesgesetzgeber mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes im Jahr 2003 die so genannte ‚Schwarz-Weiß-Lösung‘ verbindlich eingeführt und die Träger der Regionalplanung verpflichtet, regionsweit gebietsscharf Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen und - außerhalb dieser Vorrang-

gebiete - Ausschlussgebiete festzulegen. Die ‚Schwarz-Weiß-Lösung‘ ist eine sehr strikte Regelung... Inzwischen haben fast alle Regionen des Landes dies in ihren Regionalplänen umgesetzt. Leider scheinen aber nicht alle Vorranggebiete im gewünschten Umfang genutzt werden zu können. Die Gründe dafür sind vielfältig: Teilweise genügt der Windertrag nicht den heutigen Anforderungen der Investoren, an einigen Standorten grenzen Höhenbeschränkungen – zumeist durch militärische Vorgaben – die zulässige Bauhöhe ein... Heute können wir feststellen, dass die bestehenden Windkraftanlagen vor Ort weit überwiegend akzeptiert sind und die Nachfrage etwa nach „Bürgerwindanlagen“ und auch von Seiten kommunaler Energieversorger weiter steigt.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich an Sie, in Ihrer Region eine planerische Überarbeitung und Aktualisierung der Windkraftplanung aktiv und positiv zu begleiten. Auch einzelne weitere Vorranggebiete, eine Vergrößerung von bestehenden und eine nochmalige Prüfung, ob für bestehende Altanlagen in Ausschlussgebieten nicht doch ein Vorranggebiet möglich ist, bringen die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich voran.“

Hätte der Regionalverband Ostwürttemberg 2002 aus Mandatsträgern der Grünen bestanden, wären wir heute schon da, wo der Minister ihn haben will. Der Minister nimmt die 100-Meter-Beschränkung hin, unternimmt aber nichts, um diese zu Fall zu bringen. Und genau dies müsste geschehen, um Windkraft im Binnenland profitabler zu machen.

Hans-Martin Hartmann

Grüne Jugend blockiert Schlecker-XL in Herbrechtingen

■ Ende Januar demonstrierte die Grüne Jugend Heidenheim vor der neuen Schlecker-XL Filiale in Herbrechtingen als Reaktion auf die schlechte Behandlung der MitarbeiterInnen der Anton Schlecker GmbH. Mit Flyern ausgestattet rief sie zum Boykott von Schlecker auf – mit Erfolg: die Filialeiterin schloss die Filiale vorübergehend für eine Stunde.

Seit Ende letzten Jahres schließt die

Anton Schlecker GmbH vermehrt Filialen und entlässt ihre MitarbeiterInnen. Daraufhin werden neue Filialen eröffnet, oft in den gleichen Räumlichkeiten oder nur hundert Meter weiter, wie in Herbrechtingen. Dort werden den neuen MitarbeiterInnen erheblich schlechtere Verträge unterbreitet, bis vor kurzem sogar über eine ostdeutsche Zeitarbeitsfirma – weil die Tariflöhne im Osten geringer sind.

So verdienen sie laut Ver.di im Durchschnitt nur noch 6,50 € statt 12,50 € die Stunde, ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld und mit weniger Urlaubstagen.

Die Grüne Jugend Baden-Württemberg hatte auf der Landesmitgliederversammlung in Mannheim einen Beschluss gegen die Lohndrückerei bei Schlecker verabschiedet. Die Ortsgruppe Heidenheim wollte das Be-

geschlossene umgehend in die Tat umsetzen und meldete eine Demonstration an. Vor dem Schlecker-XL klärten die fünf GJler Passanten und Kunden über die Umstände auf. Einige zeigten Einsicht und kehrten um. Nach nur fünfzehn Minuten beklagte sich die Filialleiterin, telefonierte kurz, räumte die Auslagen rein, schaltete das Licht ab und schloss die Filiale. Ladenschluss um 11:15 statt 14:00 Uhr! Diese Reaktion wertet die Grüne Jugend als großen Erfolg. Denn alle Kunden die dann kamen, standen verwundert vor verschlossener Tür und ließen sich von der Grünen Jugend über die Situation aufklären. Nach 45 Minuten öffnete der Laden wieder. Die Filialleiterin drohte der Grünen Jugend an, die Polizei zu holen, wenn sie nicht verschwinden würden. Die Demonstrierenden blieben – hatten sie die Demo doch beim Landratsamt angemeldet - Polizei kam keine.

Moritz Heuberger – Sprecher der Grünen Jugend Heidenheim

Termine

Mittwoch 10. Februar, 20:00 Uhr

Mitgliederöffentliche Kreisvorstandssitzung in einer Kreisgemeinde

Pizzeria Giovanni
Gerstetten, Charlottenstraße

TOP: Aktuelles aus der Gemeindepolitik

Mittwoch, 10. März, 20:00 Uhr
Eugen-Loderer-Zentrum Heidenheim, Tagungsraum II

Alex Bonde, MdB,
Haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Steuergeschenke auf Pump - die Schwarz-Gelbe Rekordverschuldung

Wie wirkt sich das auf Länder und Kommunen aus? Welche Gegenvorschläge haben die Grünen?

Donnerstag, 22. April, 20:00 Uhr
Eugen-Loderer-Zentrum Heidenheim, Tagungsraum II

Kreismitgliederversammlung mit Nominierung der LandtagswahlkandidatInnen

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 1264,
89502 Heidenheim, Tel. 44389

Mit der Stadtbahn in die Stadt und zur Arbeit



In nicht allzu ferner Zeit könnte hier die Stadtbahn verkehren

Was heute noch utopisch anmutet – eine Stadtbahn in Heidenheim – kann eines Tages Wirklichkeit sein, denn „die Stadtbahn Karlsruhe ist eine einzige Erfolgsgeschichte, die in aller Welt Nachahmer findet“, sagte Prof. Wilfried Koch bei seinem Vortrag bei Solar mobil Heidenheim.

■ Ob eine Stadtbahn sinnvoll und wirtschaftlich ist, lasse sich nicht an der Größe einer Stadt festmachen. In Bruchsal und Rastatt, beide kleiner als Heidenheim, ist die Erschließung der Innenstädte im Gespräch. In Reutlingen und Tübingen sind die Planungen schon sehr weit gediehen, wobei die Innenstädte erschlossen und die Honauer Steige reaktiviert werden soll. Dies würde dann eine Verbindung quer über die Alb bis nach Sigmaringen ermöglichen.

Grundidee der Stadtbahn Karlsruhe sei gewesen, die Verkehrsziele der Einpendler mit dem Hauptbahnhof zu verbinden. Die Bahn fährt vom DB-Gleis herunter, direkt in die Stadt. Mittlerweile erstreckt sich ihr Schienennetz bis Öhringen, Bietigheim-Bissingen, Eutingen, Freudenstadt, Achern, Spöck und Hochstetten. Es ist von 30 auf 400 km angewachsen. Die Zuwächse an Fahrgästen sind enorm, von 3.000 auf 55.000 pro Tag auf der Linie Karlsruhe – Heilbronn.

Koch trug zwei Ansätze vor, einen konservativen und einen visionären. Der konservative beinhaltet die ausschließliche Nutzung der bestehenden Gleise, um einen schnelleren Öffentlichen Verkehr mit weniger Umstiegen zu erzielen und alle Verkehrsträger optimal miteinander zu verknüpfen.

Die Stadtbahn könnte neben IRE und RB als drittes System etabliert werden. Dafür müssten leichte Fahrzeuge angeschafft werden. Mit einer annähernden Verdopplung der Haltepunkte würde die Stadtbahn näher an die Gebiete heran, wo die Menschen wohnen.

Leider ließen sich mit dem konservativen Ansatz nicht alle Potenziale ausschöpfen, da die Siedlungsachsen zum Teil quer zum Brenztal und damit zur bisherigen Verkehrsachse liegen.

Der visionäre Ansatz geht denn zunächst von der Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecken Sontheim/Brenz - Gundelfingen und Böbingen - Heubach aus. Neu dazu käme dann die Erschließung der Heidenheimer Innenstadt mit Abzweig vom Bahngleis beim Zollamt mit Halten ZOB/Schlossarkaden, ZOH, Rathaus, Konzerthaus, Katzensteige, Mergelstetten Mitte, Mergelstetten Industriegebiet und zurück auf das DB-Bahngleis. Ausgeschöpft werden könnte das Fahrgastpotenzial mit der Erschließung der Querachsen Gerstetten-Herbrechtlingen, Heidenheim Bhf - Steinheim (evtl. bis Weißenstein und Donzdorf) und Nattheim – Heidenheim Bhf über die Nattheimer Steige.

Der Vorteil einer Stadtbahn gegenüber der herkömmlichen Bahn sei, so der Verkehrsinformatiker, dass mit wesentlich engeren Kurvenradien gefahren werden kann und größere Steigungen bewältigt werden können.

Auf bestimmte Trassen, Verkehrslösungen oder Halte wollte sich der Bahnexperte nicht festlegen. Dies sei Sache von weiteren Untersuchungen und Berechnungen.

Hans-Martin Hartmann